

Rülke und Hoher: Wir wollen dem Informationsrecht der Bürger zur Durchsetzung verhelfen

Dass die Kultusministerin die Forderung der FDP/DVP Fraktion nach Aufhebung des Veröffentlichungsverbots der Anmeldezahlen an den einzelnen weiterführenden Schulen erneut abgelehnt hat, kommentierten der Vorsitzende der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, und das Mitglied im Bildungsausschuss des Landtags, **Klaus Hoher**, folgendermaßen:

Rülke: „Offensichtlich misstraut die grün-schwarze Landesregierung den Bürgern unseres Landes. Anders ist nicht zu erklären, warum das Kultusministerium hartnäckig die Herausgabe der Anmeldezahlen an den einzelnen weiterführenden Schulen verweigert. Da wir als Abgeordnete angefragt hatten, musste uns die Kultusministerin die Zahlen zwar geben, wir dürfen sie aber nicht veröffentlichen. Damit schränkt die Landesregierung unsere Arbeit als Oppositionsfraktion erheblich ein und hält sich eine unliebsame öffentliche Diskussion vom Hals. Die Befürchtung, die Eltern könnten ihre Schulwahl allein anhand der Zahl der Anmeldungen treffen, lässt vermuten, dass das Kultusministerium noch nicht im Informationszeitalter angekommen ist. Abgesehen davon setzt nach unserem Verständnis eine folgenreiche Diskussion in der Gemeinde, beispielsweise über die Investition in Schulgebäude, eine fundierte öffentliche Diskussion voraus. Hierzu ist die Kenntnis der Anmeldezahlen erforderlich. Wir werden sehr genau beobachten, ob die Regierung künftig sich ihr unliebsamer Themen auf die gleiche Art erledigt. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz, kurz: LIFG, sollte nach unserer Auffassung dazu dienen, den Bürgern Informationsrechte zu sichern. Es darf aber nicht als Vorwand für die Regierung herhalten, um ihr unliebsame öffentliche Debatten zu unterdrücken. In jedem Fall werden wir noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Änderung des LIFG einbringen. Spätestens nach dieser Gesetzesänderung wird die Regierung die Zahlen veröffentlichen müssen.“

Hoher: „Die Geheimniskrämerei des Kultusministeriums hat offenbar Methode. Auch auf die Anfragen mehrerer Abgeordneter der FDP/DVP Fraktion nach dem Unterrichtsausfall an Schulen in ihren Wahlkreisen mauerte das Kultusministerium. Das Ministerium sah sich offenbar auch in diesem Fall genötigt, den Abgeordneten die Zahlen preiszugeben – allerdings ebenfalls mit nur mit der Auflage, dass sie nicht veröffentlicht werden dürften. Es ist uns schleierhaft, wie die Kultusministerin bei über 4000 Schulen Qualitätsverbesserungen erreichen will, wenn sie den Bürgern entscheidende Informationen über die Schule vor Ort vorenthält. Das Vorgehen passt aber zur Weigerung der Kultusministerin, den Schulen mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Es wäre aus der Sicht der FDP/DVP Fraktion dringend

erforderlich, jeder Schule ein Budget für die Organisation des Unterrichts einschließlich der Vertretungen zu geben. Wir Freie Demokraten sind der Meinung, die Kultusministerin sollte statt den Bürgern besser der Fähigkeit einer zentralen Verwaltung misstrauen, für jedes Problem vor Ort eine Lösung zu finden.“